Globalisierung ohne Kapital: Ostdeutsche Betriebe vor der Finanzierungskrise?

Stefan Beck Christoph Scherrer

Mit der Globalisierung hat insbesondere im Finanzsektor eine tiefgreifende Dynamik eingesetzt, welche nicht nur Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch die Finanzsysteme der Industrienationen erfasst hat. Im Kontext der Debatten um die Zukunft des "Modell Deutschland" werden z.B. Auflösungstendenzen der "Deutschland AG" und des Hausbankprinzips, Konzentrationsprozesse im Bankensektor und eine stärkere Orientierung am Shareholder Value diskutiert. Der folgende Beitrag geht der Frage nach, welche Konsequenzen sich hieraus speziell für Ostdeutschland ergeben. Es wird davon ausgegangen, dass die ostdeutsche Wirtschaft auch weiterhin durch strukturelle Differenzen bzw. Eigenheiten geprägt sein wird, welche eine besondere Betrachtung erforderlich machen. Diese Besonderheiten, aber auch vorliegende empirische Befunde zur Unternehmensfinanzierung, begründen die Annahme, dass sich die gegenwärtigen Trends im Finanzsektor in Ostdeutschland in anderer Weise oder massiver auswirken und somit die weitere Entwicklung Ostdeutschlands negativ beeinträchtigen könnten.

| Einleitung

Ostdeutsche Unternehmen müssen in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen vornehmen, wenn sie sich im internationalen Wettbewerb behaupten wollen: Zum einen liegt der Kapitalstock je Einwohner in den neuen Bundesländern erst bei rund zwei Dritteln des Niveaus der alten Länder (BfWA 2003), worin insbesondere der geringe betriebliche Besatz zum Ausdruck kommt, zum anderen sind die im Wettbewerb erforderlichen Sachinvestitionen und FuE-Aufwendungen stark angestiegen (IKB 2002). Die jüngsten Umsatzund Beschäftigungsentwicklungen deuten zudem darauf hin, dass ostdeutsche Betriebe ihr Wertschöpfungsprofil noch stärker auf höherwertige und exportfähige Produkte ausrichten müssen (Beer u.a. 2002).

Trotz gestiegener Wettbewerbsfähigkeit droht ostdeutschen Betrieben nun jedoch ein Finanzierungsproblem (DIHK 2002). Vor allem Klein- und Mittelunternehmen sind von einer Verteuerung bzw. Verknappung von Krediten betroffen und Untersuchungen zeigten, dass Unternehmen in Ostdeutschland unabhängig von der Größe oder Branchenzugehörigkeit höhere Kreditsicherheiten und -zinsen von bis zu einem Prozentpunkt abverlangt werden (Neuberger 2000; Priewe u.a. 2002, S. 180).

Hinzu kommen marktgetriebene und regulative Trends im Finanzsektor, wie z.B. Konzentrationsprozesse, die Neufassung

der Eigenkapitalregelungen für Banken (Basel II) oder auch die Abschaffung der Gewährträgerhaftung bei den Sparkassen, die zum Teil bereits zu einem restriktiveren Kreditvergabeverhalten der Banken geführt haben. Angesichts der Entwicklungsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft ist zu fragen, wie sich diese Veränderungen für die Unternehmen dort auswirken. Dieser Beitrag geht von der Annahme aus, dass die gegenwärtigen Finanzierungsschwierigkeiten ostdeutscher Betriebe kein konjunkturelles Phänomen sind, sondern gleichermaßen auf strukturelle Faktoren zurückzuführen sind, und dass unter diesen Bedingungen die aktuellen Veränderungen auf der Kreditangebotsseite zu einer weiteren Verschärfung der Finanzierungssituation in Ostdeutschland beitragen können. Vor dem Hintergrund rückläufiger öffentlicher Fördermittel geht es – so die These – auch um die strategischen Entwicklungsmöglichkeiten der Betriebe und Unternehmen sowie um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands.

Im Folgenden wird zunächst die gegenwärtige Finanzierungssituation ostdeutscher Betriebe betrachtet. Die bestehenden Schwierigkeiten verweisen sowohl auf betriebliche als auch regionale Strukturprobleme, die sich ungünstig auf die Finanzierungsbedingungen auswirken. Im nächsten Schritt werden die aktuellen Restrukturierungs- und Regulierungstrends im Finanzsektor und deren Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung untersucht. Abschließend wird eine perspektivische Einschätzung der Konsequenzen für

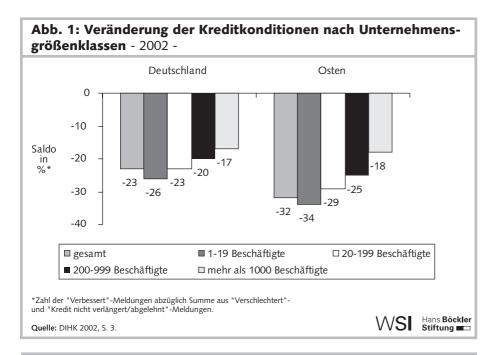
die betriebliche und die regionale Entwicklung Ostdeutschlands vorgenommen.

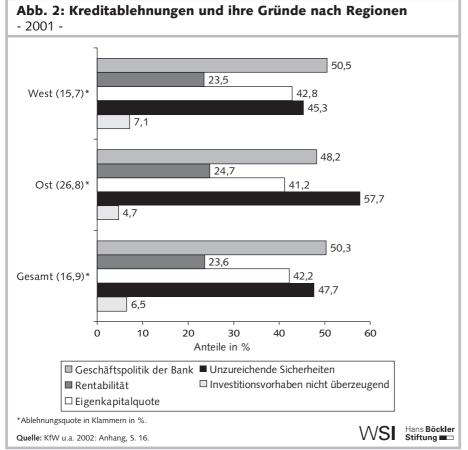
Erschwerte Kreditaufnahme ostdeutscher Unternehmen

In einer Befragung von Unternehmen aller Branchen und Größenklassen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und 20 Wirtschaftsverbände im Herbst 2001

Stefan Beck, Diplom-Politologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften. Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie und Theorie, Wirtschaftspolitik. e-mail: stefan.beck@uni-kassel.de
Christoph Scherrer, Prof. Dr., Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: Globale Politische Ökonomie; Dienstleistungshandelsabkommen, Ostdeutschland in der Globalisierung. e-mail: scherrer@uni-kassel.de

Der Aufsatz basiert auf dem Endbericht eines von der Hans Böckler Stiftung geförderten Projekts zu Finanzierungsbedingungen ostdeutscher Betriebe unter der Leitung von Prof. Christoph Scherrer, Universität Kassel.





beklagten ostdeutsche Unternehmen unabhängig von Größe und Branche häufiger als westdeutsche eine Erschwerung der Kreditbeschaffung und auch eine Verkürzung der Kreditlinien (KfW u.a. 2002). Allgemein sind es überwiegend kleinere Unternehmen und solche in Problembranchen, die über Schwierigkeiten bei der Kreditbeschaffung berichten.

In der jüngsten Befragung durch den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) im Herbst 2002 lagen über alle Branchen hinweg die Quoten hinsichtlich des Anteils abgelehnter Kreditanträge (7 %) und strengerer Anforderungen seitens der Hausbank (28 %) in Ostdeutschland teilweise deutlich über den entsprechenden Werten anderer Regionen

und dem Bundesdurchschnitt (3 % und 26%). Der Anteil der Unternehmen, die über eine Verbesserung berichteten, lag in Ostdeutschland mit gut 3% gerade bei der Hälfte des Bundesdurchschnitts (DIHK 2002, S. 1 ff.). Für diese massive Verschlechterung der Kreditfinanzierungsbedingungen sind zum einen sicherlich statistische Effekte aufgrund des Übergewichts kleiner Unternehmen und der Baubranche verantwortlich. Die über alle Branchen und Größenklassen hinweg schwierigere Situation lässt aber vermuten, dass noch weitere unternehmensund regionalspezifische Faktoren in Ostdeutschland eine Rolle spielen.

3

Betriebliche Problemfaktoren der Finanzierung ostdeutscher Unternehmen

Erste Hinweise zur Erklärung der Finanzierungsschwierigkeiten liefern die Einschätzungen der Unternehmen selbst. In der KfW-Befragung wurden als Gründe für eine Kreditablehnung am häufigsten die Geschäftspolitik der Bank, unzureichende Sicherheiten und die (zu geringe) Eigenkapitalquote benannt. Deutlich weniger häufig werden eine zu geringe Rentabilität und mangelnde Überzeugungskraft des Investitionsvorhabens genannt. Trotz der schwierigen Lage im Baugewerbe und auch im Einzelhandel ist die Differenzierung bei den Variablen Standort (Ost, West) und Unternehmensgröße ausgeprägter als bei der Variable Branchenzugehörigkeit, und im Osten werden unzureichende Sicherheiten wesentlich häufiger als Ablehnungsgrund genannt (KfW u.a. 2002).

3.1 MANGEL AN SICHERHEITEN UND EIGENKAPITAL

Im internationalen Vergleich weisen deutsche kleine und mittelständische Unternehmen ohnehin schon eine niedrige Eigenkapitalquote auf (BdB 2003, S. 15). Nach Erhebungen vom *Verband der Vereine Creditreform e.V.* verfügen mehr als 40 % der Betriebe im deutschen Mittelstand über maximal 10 % Eigenkapital und gelten als unterkapitalisiert, ein weiteres Viertel verfügt lediglich über bis zu 20 % Eigenkapital (Creditreform 2002a, S. 55). Die Einschätzungen der Eigenkapitalausstat-

tung ostdeutscher Unternehmen sind nicht eindeutig. Während in Daten der KfW und der Bundesbank für das Jahr 1998 zum Teil sogar höhere Eigenkapitalquoten (Eigenkapital in % der Bilanzsumme) in Ost- als in Westdeutschland ausgewiesen wurden (Beer u.a. 2002, S. 227 ff.; Wallau 2002), zeigt eine jüngere Einschätzung vom Verband der Vereine Creditreform e.V. ein anderes Bild (Tabelle 1).

Im Jahr 2001 waren hier 47,7 % der Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes mit einer Eigenkapitalquote bis unter 10 % und weitere 27,7 % bis unter 20 % klassifiziert. Über 30 % Eigenkapital verfügten lediglich 11,2 % der Unternehmen. Dem gegenüber standen in Westdeutschland entsprechende Klassenstärken von 31,2%, 22,4% und 30,5%. Im Vergleich zu 1997 zeigen die Daten darüber hinaus für Ostdeutschland eine durchgängige Verschiebung nach unten (Beer u.a. 2002, S. 230). Insgesamt ist eher von einer unzureichenden Eigenmittelausstattung ostdeutscher Unternehmen auszugehen. Die Mehrheit der ostdeutschen Unternehmen ist noch relativ jung und konnte bislang kaum Kapital und Sicherheiten (z.B. Rückstellungen) akkumulieren. Hinzu kommt, dass nur wenige kleinere eigenständige Unternehmen zuletzt ausreichende Gewinne verzeichnen konnten (Beer u.a. 2002, S. 225; Bode 2002). Vergleichsweise günstige Eigenkapitalangaben hängen zum einen mit den Eröffnungsbilanzen nach der Vereinigung (und möglicherweise auch mit niedrigeren Bilanzsummen) zusammen, zum anderen sind verwertbare Vermögenspositionen und zukünftige Erträge als wichtiger einzuschätzen (Vieweg u.a. 2002, S. 4; Priewe u.a. 2002, S. 176 ff.).

3.2 UNGÜNSTIGE ERTRAGS- UND ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

Viele ostdeutsche Betriebe weisen Wettbewerbsschwächen, ein begrenzt entwicklungsfähiges Wertschöpfungsprofil oder eine noch relativ schwache Marktposition auf. Schwächen gegenüber Westunternehmen bestehen neben Produktivitätsrückständen in einer geringeren Innovationseffizienz (ZEW u.a. 2002), einer niedrigeren Technologieintensität (Priewe u.a. 2002) sowie in den Bereichen Organisation und Marketing (Ragnitz u.a. 2001). Ungünstig ist darüber hinaus die transformationsbedingte Konzentration ostdeutscher Unternehmen auf Wertschöpfungsberei-

Tabelle 1: Eigenkapitalquoten der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes – Eigenkapital in % der Bilanzsumme –

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	1997	2001	1997	2001
bis unter 10%	42,1	47,7	30,0	31,2
10 bis unter 20%	27,1	27,7	26,6	22,4
20 bis unter 30%	12,1	13,3	14,0	15,9
über 30%	15,8	11,2	25,8	30,5
ohne Angabe	2,9	0,1	3,6	0,0
				/CI Hans Böckle
Quelle: Beer u.a. 2002, S. 230				Stiftung

che mit gegenwärtig nur unterdurchschnittlichen Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten (Beer u.a. 2002; Ragnitz u.a. 2001, S. 180 ff.). Zwar hat sich das Profil der ostdeutschen Wirtschaft seit Mitte der 90er Jahre positiv verändert, einige typische Strukturmerkmale sind aber weiterhin prägend. Neben der schwachen industriellen Basis und der kleinbetrieblichen Struktur ist v.a. das geringe Gewicht exportorientierter und wachstumsstarker Branchen problematisch. Die Exportquote des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes liegt erst bei rund 23 % gegenüber 38 % in Westdeutschland, in den Bereichen Spitzentechnologie und höherwertige Technologie machten Güter aus den neuen Ländern im Jahr 2000 gerade 4,1 % und 4,6 % der gesamtdeutschen Produktion aus und der Anteil der fünf wachstumsstärksten Zweige am gesamten Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes betrug im selben Jahr lediglich 23,5% (Westdeutschland: rund 35%). Insgesamt ist die Ostwirtschaft weiterhin geprägt vom Bau- und vom Ernährungsgewerbe, während dynamische Branchen wie Fahrzeugbau, Chemische Industrie oder Maschinenbau unterrepräsentiert sind (Beer u.a. 2002, S. 102 ff.; Priewe u.a. 2002). Ostdeutsche Unternehmen sind somit in erheblichem Maße ausgerichtet auf kaum noch wachsende lokale und regionale Märkte, wenig dynamische Branchen und eher mittelpreisige, begrenzt innovationsorientierte Segmente, in denen der Konkurrenzdruck mit der EU-Osterweiterung weiter zunehmen wird.

3.3 SCHWACHE POSITION OSTDEUTSCHER UNTERNEHMEN

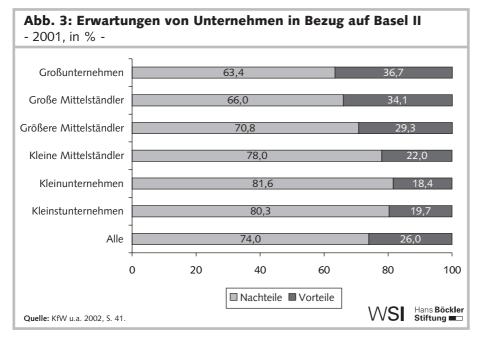
Erschwerend kommt schließlich die im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen schwächere Marktposition hinzu. Nach Schätzungen müssen ostdeutsche Unternehmen zum Teil bis zu 20 % niedrigere Absatzpreise für ihre Produkte akzeptieren. Hierfür werden zum einen Defizite in

Marketing, Vertrieb und Beziehungsmanagement verantwortlich gemacht, zum anderen spielen das vergleichsweise geringe Alter vieler ostdeutscher Unternehmen, die starke Orientierung auf regionale Märkte und daraus resultierend eine geringere Reputation und schlechtere Verhandlungsposition eine Rolle (Ragnitz u.a. 2001). Die damit verbundene Ertragsschmälerung und Markteintrittsbarriere erschwerten die Neuorientierung und Erschließung neuer Märkte deutlich. Letztlich lässt sich vermuten, dass v.a. kleinere Unternehmen aufgrund des schwer einschätzbaren Risikos auch gegenüber Banken eine schwächere Position haben.

Regionalwirtschaftliche Problemfaktoren Ostdeutschlands

Relevante regionalspezifische Faktoren sind beispielsweise die Verfügbarkeit so genannter Potenzialfaktoren (z.B. qualifizierte Arbeitskräfte, Infrastruktur), das Vorhandensein von Netzwerken und Wachstumspolen, Spillover-Effekte durch technologieintensive und innovationsstarke Unternehmen, regionale Förderung, die Wachstumspotenziale regionaler Märkte und die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Bei der Kreditfinanzierung ist schließlich die Überlebenswahrscheinlichkeit bedeutsam, da Insolvenzen nicht nur die regionale Wirtschaft belasten (Forderungsausfälle), sondern je nach Häufigkeit (Insolvenzquote) auch die Erwartungen der Bank beeinflussen (Neuberger 2000).

Ein im Vergleich zu Westdeutschland standortbedingt erhöhtes Markt- und Unternehmensrisiko lässt sich nach diesen Kriterien nicht nur aufgrund der strukturellen Schwächen vieler Unternehmen (s.o.) konstatieren. Auch die Ausstrahlungseffekte von Wachstumspolen und die



Intensität von Agglomerationsvorteilen sind bislang eher schwach einzuschätzen (Bode 2002) und Spillovers sind schon durch den Unterbesatz mit großen Unternehmen limitiert (Priewe u.a. 2002). Hinsichtlich der Überlebenswahrscheinlichkeit der Betriebe hat sich die Situation in den letzten Jahren ebenfalls weiter verschlechtert, obwohl die Gründungsraten deutlich zurückgegangen sind (Priewe u.a. 2002). Inzwischen liegt die Insolvenzquote mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (Günterberg/Wolter 2002). Außerdem zeigt eine differenziertere Betrachtung, dass zwar generell eher jüngere und kleinere Betriebe von Insolvenzen betroffen sind. in Ostdeutschland allerdings in überproportionalem Maße auch ältere, d.h. das Insolvenzrisiko nimmt mit zunehmendem Alter kaum ab (Rödl 2002, S. 11). Für die Mehrzahl der Betriebe, d.h. in erster Linie für die kleineren bis mittleren, muss daher von einem erhöhten Kredit- und Finanzierungsrisiko ausgegangen werden, das zum einen auf typischen unternehmensspezifischen, zum anderen aber auch auf standortbedingten Faktoren beruht.

Globalisierungsprozesse und die Restrukturierung des Finanzsystems

Die Veränderung der Finanzierungsbedingungen ist in hohem Maße durch Entwicklungen auf der Angebotsseite getrieben.

Mit der Expansion und Internationalisierung der Finanzmärkte haben nicht nur neue Finanzierungsformen und -instrumente an Bedeutung gewonnen, auch die Banken als traditionelle Anbieter im Bereich Unternehmensfinanzierung sind unter wachsenden Konkurrenzdruck geraten. Zum einen haben alternative Anlage- und Finanzierungsformen an Attraktivität gegenüber dem klassischen Bankgeschäft (Einlagen, Kredite) gewonnen, wodurch es zu einer verstärkten Umgehung des Bankgewerbes (Disintermediation) gekommen ist (Europäische Kommission 2001; BdB 2003). Zum zweiten hat die internationale Ausdehnung der Geschäftsbereiche der Banken selbst zu einer Intensivierung des Wettbewerbs beigetragen. In den neunziger Jahren verzeichneten Banken zum Teil erhebliche Ertragseinbußen und verstärkten daraufhin ihre Reorganisationsbemühungen (BdB 2002).

Für deutsche Banken kam hinzu, dass sie aufgrund des geringeren Konzentrationsgrades im internationalen Vergleich ohnehin eine geringe Eigenkapitalrendite aufweisen. Ende der neunziger Jahre lag die durchschnittliche Eigenkapitalrendite deutscher Banken nur knapp über 5 % und damit international mit am niedrigsten (Europäische Kommission 2001). Mit der ungünstigen Konjunkturentwicklung kamen in den letzten Jahren darüber hinaus Kreditausfälle und umfangreiche Wertberichtigungen hinzu (Lebert 2002a). Angesichts einer höheren Übernahmegefahr bei niedrigem Shareholder Value stehen insbesondere die privatwirtschaftlichen Banken unter Restrukturierungsdruck (Lebert 2002b). Deutsche Banken reagierten darauf u.a. mit einer Ausdünnung des Filialnetzes (Vieweg u.a. 2002). Langfristig gehen Unternehmensberater von einem weiteren Rückgang der Zahl der Institute und Filialen und einer Tendenz zu

oligopolistischen Strukturen aus (Heismann 2002; Wanner 2003).

Ein weiterer Trend der letzten Jahre im Bankensektor betrifft die Neuausrichtung und Reorganisation der Geschäftsfelder. Banken konzentrierten sich vermehrt auf die (vermeintlich) profitabelsten Bereiche und reduzierten ihr Engagement und die Quersubventionierung bei den weniger rentablen Geschäftsfeldern. Insbesondere das Investmentbank-Geschäft und der Wertpapierhandel rückten als profitable und dynamische Felder in den Mittelpunkt, während das traditionelle Massen- und Kreditgeschäft (Retailbanking) rationalisiert oder ausgegliedert wurde (Kellermann 2002). Hinsichtlich der Unternehmensfinanzierung deuten sich in der Tendenz eine weitere Reduzierung der Firmenkredite, eine allgemeine Erhöhung der Margen und eine stärkere Risikodifferenzierung an (MittelstandsMonitor 2003). Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass sich aus den Konzentrationstendenzen eine erhöhte Marktmacht (Anforderungen, Margen) und aus der Reduzierung der Institute und Filialen Abstriche bei der Betreuungsintensität – z.B. bei arbeitsaufwendigen öffentlichen Förderprogrammen – ergeben.

Ein Ansatz, die Firmenkreditvergabe an kleinere Unternehmen attraktiver zu machen, stellt die Verbriefung dar, nach der Forderungen eines Kreditinstituts über die Emission von Wertpapieren oder die Nutzung von Kreditderivaten refinanziert werden (Hickel 2002). Allerdings trägt die Verbriefung auch dazu bei, dass sich die Banken stärker an den Margenprofilen des Kapitalmarktes orientieren (IKB 2002) und es ist davon auszugehen, dass die Kreditportfolios ostdeutscher Banken aufgrund der ungünstigeren Risikostruktur schlechter gehandelt werden.

Veränderung der Finanzierungskonditionen durch Basel II

Ende 2006 soll die Neufassung des Basler Akkords (*Basel II*) über die Eigenkapital-

regeln für Banken in Kraft treten. Von den "drei Säulen" des Akkords – Mindest-kapitalanforderungen, bankaufsichtlicher Überprüfungsprozess, erweiterte Offenlegung – hat vor allem die erste, aufgrund der befürchteten Konsequenzen für die Mittelstandsfinanzierung (Abbildung 3), heftige Diskussionen ausgelöst.

Die wesentliche Neuerung von Basel II bildet die Abhängigkeit der Höhe des von Banken zu unterlegenden Eigenkapitals von der Risikoeinstufung des Kredits. Mussten die Banken bisher Kredite generell mit 8 % Eigenkapital unterlegen, so nimmt nach Basel II der für die einzelnen Kredite zu unterlegende Eigenkapitalbetrag mit zunehmender (abnehmender) Bonität ab (zu), wobei der für die gesamte Kreditsumme einer Bank zu hinterlegende Betrag allerdings gleich bleiben soll. Bei einer Risikogewichtung von 100% muss ein Kredit demnach unverändert mit 8 % unterlegt werden, bei einer geringeren Risikogewichtung von 20 oder 50 % - aufgrund eines besseren Ratings - muss zukünftig nur noch der entsprechende Prozentsatz des sog. Solvabilitätskoeffizienten von 8 % und bei einer höheren Risikogewichtung 150 % davon unterlegt werden. Bei einem Rating von beispielsweise BBB+ nach dem Ansatz von Standard & Poor gilt dann eine Risikogewichtung von 100 %, bei B+ und darunter eine Gewichtung von 150 % (Hickel 2002).

Da das gebundene Eigenkapital die Kreditvergabemöglichkeiten einer Bank reduziert, wird diese entweder Kredite mit niedriger Bonität, d.h. höherer Eigenkapitalanforderung, nicht vergeben oder entsprechend einen höheren Kreditzins ansetzen. Daraus ergibt sich eine Differenzierung bzw. Spreizung der Kreditkonditionen in Abhängigkeit des durch das Rating bestimmten Risikos. Untersuchungen zeigen, dass infolge des typischerweise niedrigeren Ratings kleinere Unternehmen mit höheren Kreditzinsen rechnen müssen (Grunert u.a. 2002; Krämer-Eis/Taistra 2002). Die oftmals befürchtete generelle Benachteiligung mittelständischer Unternehmen ist infolge verschiedener Kompromisse bzw. Änderungen (u.a. Abflachung der Risikogewichtungskurve, Wegfall von Laufzeitzuschlägen, Retailportfolios) aber nicht mehr zu erwarten.

Trotz der Nachbesserungen sind aber – neben der Verschlechterungen der Kreditbedingungen für schlechter bewertete Unternehmen – prozyklische Effekte wahr-

scheinlich (Eggert 2001). Zum einen ist unklar, in welchem Maße Banken die Ausnahmeregeln anwenden bzw. anwenden können, und zum anderen unterliegen die Banken selbst einer Bewertung, von der schließlich ihre Refinanzierungskosten abhängen. Banken mit einer schlechteren Risikostruktur ihres Portfolios müssen gegebenenfalls mit einer schlechteren Bewertung und höheren Refinanzierungskosten rechnen. Darüber hinaus könnte dies den Konzentrationsprozess im Bankengewerbe weiter befördern (KfW 2001).

Der zweite mit Basel II verbundene Aspekt betrifft das Rating, das den Risikogewichtungen zugrunde liegt. Banken können externe Ratings heranziehen oder interne Ratingverfahren nutzen (Deutsche Bundesbank 2003). Ein gutes und anerkanntes externes Rating ist für das Unternehmen vorteilhaft, da es die Position gegenüber Banken und anderen potenziellen Kapitalgebern stärkt. Allerdings sind damit erhebliche Kosten verbunden, so dass sich viele kleinere Unternehmen ein solches Rating nicht leisten können. Bei der Verwendung interner Ratings haben die Banken z.B. hinsichtlich der regionalspezifischen Gestaltung der Risikostruktur ihres Portfolios mehr Spielräume (KfW 2001), wobei aber die Abhängigkeit kleiner Unternehmen eher steigen dürfte.

In das Rating selbst gehen firmen- und branchenspezifische Faktoren bzw. Risiken sowie Einschätzungen der Marktbedingungen, der Wettbewerbsposition und der Entwicklungsperspektiven ein (BdB 2003; KfW 2001). Für Betriebe, die sich wie in Ostdeutschland in einer relativ schwierigen oder ungünstigen Situation befinden, kann das Rating eine Belastung darstellen. Vor allem Klein- und Kleinstunternehmen sehen kaum Möglichkeiten, ihre Bonitätseinstufung zu verbessern, und eine Untersuchung der Creditreform Rating AG im Jahr 2002 kam zu dem Ergebnis, dass sich in den neuen Bundesländern fast die Hälfte aller Unternehmen in den "schlechten Ratingklassen" befindet (Creditreform 2002b). Hinzu kommt, dass viele Unternehmen über Basel II und über die Ratingkriterien der Banken noch unzureichend informiert sind (KfW u.a. 2002; Hansmann/Ringle 2002).

Schwächung des öffentlichen Bankensektors

Zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen gehören die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen und eine regionalwirtschaftliche Orientierung (Vieweg u.a. 2002; Schrumpf/Müller 2001). Zu diesem Zweck bestand gegenüber Landesbanken und Sparkassen eine Gewährträgerhaftung und Anstaltslast der öffentlichen Eigentümer, welche eine geringere Eigenkapitalausstattung und die Kreditversorgung schwächerer Unternehmen ermöglichten. Nach Angaben des DSGV lag der Anteil der Sparkassen bei der Finanzierung von Unternehmen und Selbständigen Ende 2002 bei 41,9 % (DSGV 2003). Bei der Versorgung kleiner und mittlerer Unternehmen wird den Sparkassen und Landesbanken sogar ein Marktanteil von bis zu 75 % zugeschrieben (ver.di 2001). Gestiegen ist ebenfalls der Anteil der Sparkassen bei der öffentlichen Förderung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank (DSGV 2002).

Infolge einer Beschwerde der Europäischen Bankenvereinigung bei der EU-Kommission im Dezember 1999 und dem dadurch ausgelösten EU-Beihilfeverfahren bleibt zwar die öffentliche Trägerschaft bestehen, die Gewährträgerhaftung wird aber nach einer vierjährigen Übergangsfrist abgeschafft und die Anstaltslast so umgestaltet, dass sie einer marktwirtschaftlichen Beziehung und dem EU-Beihilferecht entspricht. Angesichts des Rückzugs der Geschäftsbanken aus dem Geschäft mit kleineren Unternehmen, der Orientierung am Shareholder-Value und der zunehmenden Oligopolisierung ist mit einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für weniger erfolgreiche Betriebe zu rechnen und gerade in Ostdeutschland besteht die Gefahr, dass regionalwirtschaftliche Aspekte der Kreditvergabe kaum noch Berücksichtigung finden. Da sich die Sparkassen relativ stark über Kundeneinlagen refinanzieren und ihre Erträge mehr als bei anderen Banken auf dem Kreditgeschäft beruhen, sind sie auch von der Angebotskonkurrenz der Kapitalmärkte bzw. der Disintermediation im Finanzsektor besonders betroffen (MittelstandsMonitor 2003, S. 65). Wenn durch die Abschaffung der Gewährträgerhaftung einerseits die Refinanzierung der Landesbanken schwieriger wird und andererseits die regionalen Kreditportfolios der Sparkassen und Landesbanken eine ungünstige Risikostruktur aufweisen, könnte dies einzelne Institute in Schwierigkeiten bringen und weitere Einschnitte im öffentlichen Bankensektor befördern (Eggert 2001). Die Befragungen deuten an, dass selbst Sparkassen inzwischen verschärfte Bedingungen an die Kreditgewährung knüpfen (MittelstandsMonitor 2003; KfW u.a. 2002).



Fazit und Ausblick

Für die Betriebe und für die regionale Entwicklung in Ostdeutschland ist die Frage der Finanzierung von erheblicher Bedeutung. Das Zusammentreffen von betriebsund regionalspezifischen Problemfaktoren und Veränderungstrends im Finanzsektor könnte die ostdeutschen Unternehmen zunehmend in eine Dilemmasituation führen. Auf der einen Seite steht ein erheblicher Entwicklungs- und Investitionsbedarf, um die industrielle Basis Ostdeutschlands nachhaltig zu verbreitern und die Position der Unternehmen in der europäischen Arbeitsteilung zu verbessern. Auf der anderen Seite drohen ostdeutsche Unternehmen für die bestehenden Schwierigkeiten noch zusätzlich "bestraft" zu werden, wodurch diese möglicherweise noch vertieft werden. Bei einer zunehmenden Spreizung der Finanzierungskonditionen besteht für die meisten kleineren und wirtschaftlich schwächeren Unternehmen die Gefahr, dass sie sich zukünftig am unteren, d.h. schlechteren Ende der Angebotsspanne wiederfinden oder sogar gänzlich von überlebenswichtigen Bankkrediten abgeschnitten werden.

Die zunehmende Zurückhaltung und/ oder höheren Ansprüche der Banken bezüglich der Eigenkapitalrendite und der Bonität der Unternehmen sowie die regionale Häufung von Finanzierungsschwierigkeiten in Ostdeutschland (Creditreform 2002b) wirken prozyklisch und selbstverstärkend. Die wachsende Bedeutung der Kapitalmärkte wie auch die Konzentration vieler Banken auf die rentableren Geschäftsbereiche befördern eine Differenzierung gemäß "guter" und "schlechter" Risiken, die letztendlich durch Basel II noch verstärkt wird (Eggert 2001). Durch die Häufung "schlechterer" Risiken geraten einerseits die regional engagierten Banken unter Refinanzierungsdruck und müssen in der Folge selbst stärker selektieren bzw. die Konditionen spreizen, andererseits stellt der Kapitalmarkt kaum Finanzierungsalternativen zur Verfügung, da das Profil vieler Unternehmen nicht den jeweiligen Ansprüchen entspricht. Langfristig bessere Finanzierungskonditionen erfordern eine erfolgreiche Profilbildung und Positionierung der Unternehmen in der internationalen Arbeitsteilung. Darüber hinaus werden sie kaum umhin kommen, den Anforderungen hinsichtlich einer besseren Informationsaufbereitung und Außendarstellung nachzukommen und soweit möglich - andere Finanzierungsinstrumente (z.B. Beteiligungskapital) neben dem Bankkredit stärker zu nutzen.

Regionalwirtschaftlich gilt es zum einen, die Standort- bzw. Potenzialfaktoren in Ostdeutschland (z.B. Infrastruktur, In-

novationspotenziale) zu verbessern, zum anderen, das Angebot an Finanzierungsinstrumenten so zu fördern, dass es nicht nur Unternehmen mit ohnehin guten Entwicklungsaussichten hilft. Eine solche Unterstützung sollte erstens - dies zeigen die existierenden Informationsdefizite z.B. hinsichtlich Basel II oder öffentlicher Förderprogramme (KfW u.a. 2002; DIHK 2002) - vermehrte Beratungs- und Informationsangebote und zweitens die Ausgestaltung spezifischer Finanzierungsinstrumente, z.B. Entwicklungsfonds und regional orientierte Kapitalbeteiligungsgesellschaften, umfassen (Land 1997). Neben der Förderung von Entwicklungspotenzialen (z.B. Innovationen, Exporte) müssen öffentliche Förderprogramme noch stärker auf verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Beteiligungskapital, Bürgschaften, Verbriefung) ausgerichtet werden.

Mit der Abschaffung der Gewährträgerhaftung und der Einschränkung der Anstaltslast könnten vor allem die Sparkassen und Landesbanken in Ostdeutschland - gerade dann, wenn sie ihren regionalwirtschaftlichen Anspruch weiter erfüllen wollen - unter Refinanzierungs- und in der Folge auch Bestandsdruck geraten. Ein sukzessives "Wegbrechen" durch Privatisierungsvorstöße ist deshalb nicht auszuschließen. Angesichts der Trends im Privatbankenbereich sind regionalwirtschaftlich orientierte Banken in öffentlicher Trägerschaft aber von hoher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands. Eine mögliche Privatisierung dürfte eher die Finanzierungssituation verschlechtern, als dass sie zu einer Angebotsverbesserung durch intensivierten Wettbewerb beiträgt (DSGV 2001; Eggert 2001).

LITERATUR

BdB (2002): Bankenbericht 2002, Berlin, http://www.bankenbericht.de BdB (2003): Daten, Fakten, Argumente: Mittelstandsfinanzierung vor neuen Herausforderungen, Berlin, Januar, http://www.bdb.de Beer, S. u.a. (2002): Wachstumsperspektiven des Verarbeitenden Gewerbes, in: IWH (2002): Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW, IWH-Sonderheft 3, Halle, S. 91–274
BfWA (2003): Wirtschaftsdaten Neue Länder, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Berlin

Bode, E. (2002): Räumliche Muster des Aufholprozesses, in: IWH (2002): Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW, IWH-Sonderheft 3, Halle, S. 31–90 Creditreform (2002a): Trübe Aussichten im Herbst, CR-Intern, Creditreform 11/2002, S. 54–55, http://www.creditreform.de Creditreform (2002b): Änderungen Basel II – Pyrrhussieg für den Mittelstand?, Pressemitteilung des Verbands der Vereine Creditreform e.V. vom 10.07., http://www.creditreform.de

Deutsche Bundesbank (2003): Neue Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft: MaK und Basel II, Deutsche Bundesbank Monatsbericht lanuar

DIHK (2002): Mittelstandsfinanzierung in schwierigem Umfeld. Ergebnisse eine Umfrage zur Unternehmensfinanzierung, Berlin, http://www.ihk.de.

DSGV (2001): Ergebnisse der Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes "Blaue Briefe an den Mittelstand", DSGV-Stellungnahme vom 07.06., http://www.dsgv.de

DSGV (2002): Institute der Sparkassen-Finanzgruppe sind die "aktivsten Hausbanken", DSGV Pressemitteilung vom 05.06., http://www.dsgv.de DSGV (2003): Sparkassen-Finanzgruppe weitet Finanzierung des Mittelstandes aus, DSGV Pressemitteilung vom 20.02., http://www.dsgv.de Eggert, R. (2001): Zur Neuregelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten (Basel II) – Statement aus Sicht der Deutschen Bundesbank, Challenge Workshop des Arbeitskreises Management und Wirtschaftsforschung an der Hochschule Bremen, 23.11., http://www.bundesbank.de

Europäische Kommission (2001): Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, 19.10., SEK (2001) 1667, http://europa.eu.int

Grunert, J. u.a. (2002): Mittelstand und Basel II: Der Einfluss der neuen Eigenkapitalvereinbarung für Banken auf die Kalkulation von Kreditzinsen, Arbeitsbericht 01–07, Überarbeitete Fassung, Mai 2002, Universität Mannheim/ZEW

Günterberg, B./Wolter, H.-J. (2002): Unternehmensgrößenstatistik 2001/2002 – Daten und Fakten –, Bonn, IfM, http://www.ifm-bonn.org Hansmann, K.-W./Ringle, C. M. (2002): Finanzierung Mittelstand 2002. Eine empirische Untersuchung, Industrielles Management Arbeitspaper 8, Institut für Industriebetriebslehre, Universität Hamburg, http://www.rrz.uni-hamburg.de

Heismann, G. (2002): Banken stehen vor beispielloser Konzentration, in: Financial Times Deutschland, 18.10., http://www.ftd.de

Hickel, R. (2002): Thesen zur Diskussion über "Basel II – Der Schlüssel für die Kreditvergabe der Zukunft!?" beim FIRST TUESDAY BREMEN am 4.06., http://www.iaw.uni-bremen.de

IKB (2002): Geschäftsbericht 2001/2002, http://www.ikb.de

Kellermann, C. (2002): Entflechtung der Deutschland-AG?, in: Beck,
S./Caglar, G./Scherrer, C. u.a., Nach der New Economy. Perspektiven der
deutschen Wirtschaft, Münster, S. 113–132

KfW (2000): Die neuen Bundesländer 10 Jahre nach der Wiedervereinigung: Gesamtwirtschaftliche Erfolge – KfW-Förderbilanz – Perspektiven, KfW-Beiträge zur Mittelstands- und Strukturpolitik 19, Sonderband KfW (2001): Ratings, Basel II und die Finanzierungskosten von KMU, in: KfW-Beiträge zur Mittelstands- und Strukturpolitik 16, S. 21–30 KfW u.a. (2002): Unternehmensfinanzierung im Umbruch. Die Finanzierung deutscher Unternehmen im Zeichen von Finanzmarktwandel und Basel II, Auswertung der Unternehmensbefragung 2001, http://www.kfw.de

Krämer-Eis, H./Taistra, G. (2002): Viel Wirbel um das zweite Konsultationspapier, in: ifo Schnelldienst 3, S. 5–8

Land, R. (1997): Eigenkapital und integrierte Regionalentwicklung. Wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten für selbsttragende Entwicklung in Ostdeutschland; FES, Bonn/Berlin, Kurzfassung unter http://www.berlinerdebatte.de

Lebert, R. (2002a): Die deutschen Banken wanken, aber sie fallen nicht, in: Financial Times Deutschland, 18.11., http://www.ftd.de

Lebert, R. (2002b): Schwere Zeiten für Banken und Versicherer, in: Financial Times Deutschland, 21.06., http://www.ftd.de

MittelstandsMonitor (2003): MittelstandsMonitor 2003: Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, veröffentlicht von: Creditreform/IfM/ZEW/DtA/Die Mittelstandsbank/KfW, 10.02., http://www.creditreform.de

Neuberger, D. (2000): Regionalökonomie und Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen: Ansätze zur Erklärung eines Ost-West-Gefälles, Working Paper 24, Universität Rostock, http://www.unirostock.de

Priewe, J. u.a. (2002): Ostdeutschland 2010 – Perspektiven der Investitionstätigkeit, edition der Hans-Böckler-Stiftung 68, Düsseldorf Ragnitz, J. u.a. (2001): Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Das Beispiel der neuen Länder, Sonderheft 3, Halle, IWH

Rödl, H. (2002): Geht dem Mittelstand das Geld aus?, Industrie- und Handelskammer zu Köln, 23.09, Verband der Vereine Creditreform e.V., www.creditreform.de

Schrumpf, H./Müller, B. (2001): Sparkassen und Regionalentwicklung: eine empirische Studie für die Bundesrepublik, DSGV-Stellungnahme, http://www.dsgv.de

ver.di (2001) – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft: Öffentliche Sparkassen und Landesbanken: – ein Herzstück der Kreditwirtschaft – in Verantwortung gegenüber Politik und Gesellschaft, http://www.verdi.de Vieweg, H.-G. u.a. (2002): Wandel der Unternehmensstrategien und -strukturen in Deutschland vor dem Hintergrund neuer Finanzierungsformen und Entwicklungen der I&K-Technologien, Forschungsprojekt Nr. 29/00 des BMWT, München, ifo, http://www.ifo.de

Wallau, F. (2002): Finanzierung des Mittelstands, Vortrag anlässlich des Kongresses "Basel II – Herausforderungen für den Mittelstand" der Fachhochschule der Wirtschaft, Bergisch Gladbach am 07.11., IfM, Bonn, http://www.ifm-bonn.org

Wanner, C. (2003): Zahl der Banken schrumpft drastisch, in: Financial Times Deutschland, 03.02., http://www.ftd.de

ZEW u.a. (2002): Zur Technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, Zusammenfassender Endbericht 2001, Gutachten im Auftrag des BMBF, Mannheim